



Informations- und Arbeitstreffen vom 20. Januar 2007

Workshop A: Kurzprotokoll

Chancengleichheit

Teilnehmende: Arenas Cecília (Ausländerbeirätin) / Botta Maria (Ungarisch Historischer Verein Zürich) / Gabathuler Heinz (Gewerkschaftsbund Stadt Zürich) / Güler Ali Zafer (Verein Mozaik) / Hasanbegovic Dijana (Sumejja – moslemischer Frauenverein) / Ince Suayip (Türkischer Elterverein Sihlfeld) / Knöpfli Walter (Union des Français de l'Etranger) / Menhane Bachir (El Atlas) / Meyer-Guerrero Providencia (Consejo consultivo de Dominicanos) / Osman Anisa (Somalischer Kulturverein) / Paredes Abad Ana Maria (Agrupacion de Padres) / Putrino Antonio (Ausländerbeirat) / Puttin Sergio (Grupo Valtellinesi) / Ratheesvaran Navaratnam (Palmyra) / Rodriguez-Villar Domingo (Asociacion Popular Española) / Scheibli Ibilou Susan (Amical de apoio e solidariedade) / Thukral Jatin (Indian Student Association) / Valoti Renato (Secondos Plus) / Yurtsever Hürsen (Türkische Gemeinschaft) / Zvonimir Mitar (Kroatischer Kulturklub)

Moderation: Marília Mendes (Ausländerbeirätin) / Maria Teresa Rüesch (Integrationsförderung; Protokoll).

Es hat sich gezeigt, dass der Begriff "Diskriminierung" verschieden definiert wird und dass die Wahrnehmungen unterschiedlich sind. Wer sich benachteiligt fühlt, sucht die Ursachen dafür in einer kulturellen Diskriminierung, es kann aber andere Gründe dafür geben. Auf jeden Fall müssen diese Gefühle ernst genommen und tatsächliche Diskriminierungen bekämpft werden.

Sans-Papiers haben keine Chancengleichheit (Gesetzgebung als Verhinderung der Chancengleichheit)

Auch nach der Einbürgerung nehmen einige Personen eine Ungleichbehandlung wahr. Man werde nach wie vor als "Ausländer" angesehen und erfahre Benachteiligungen. Dies betreffe auch Kinder.

Vorschläge:

- Die Gesetzgebung ist ausreichend, nicht jedoch deren Umsetzung.
- Es braucht Regelungen, die eine Diskriminierung bei der Lehrstellenvergabe aufgrund der Herkunft verhindern.
- Schule: Die jetzige Situation ist nicht befriedigend und führt zu Problemen, weil keine Kontinuität bei der Sozialisierung von Kindern von Geburt bis zum Erwachsenenalter besteht. Es braucht deshalb Vorschulprogramme ab dem 3. Lebensjahr.
- Gemischte Fördergruppen, von der Schule organisiert, sind notwendig (für alle Kinder, Schweiz und Ausland) in Sprache aber auch in Mathematik und anderen Fächern.
- Mehr Aufklärung (= mehr Chancengleichheit) im Erziehungsbereich.
- Polizeikorps sollte vermehrt MitarbeiterInnen verschiedener Herkunft integrieren.
- Personal in den Kindergärten sollte möglichst verschiedene Herkunft haben.
- Die Stadt muss ihre Rolle als Arbeitgeberin wahrnehmen in Bezug auf Förderung der Chancengleichheit.
- Mehr Rechte dort, wo Partizipation erwünscht wird. Bei Anlässe aller Art wird viel ehrenamtliche Arbeit seitens der AusländerInnen geleistet, aber es besteht keine Mitsprache bei Entscheidungsprozessen.
- Ausländerparlament (jetziger Ausländerbeirat) muss demokratisch gewählt werden, (Legitimation der Mitglieder).
- Der Bildungszugang für afrikanische Frauen sollte stark gefördert werden.
- Religionsfreiheit in der Schule (persönliche Erfahrung: muslimischer Lehrer muss sich verstecken um zu beten).
- Mehr Durchmischung bei der Wohnungspolitik